

Statuten des Vereins

„Arbeitskreis Wissenschaft und Verantwortlichkeit an der LFU Innsbruck, der MUI und dem MCI“ (kurz: WuV)

§ 1: Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

(1) Der Verein führt den Namen **„Arbeitskreis Wissenschaft und Verantwortlichkeit an der LFU Innsbruck, der MUI und dem MCI“ (kurz: WuV)**

(2) Er hat seinen Sitz in **Innsbruck**.

(3) Die Errichtung von Zweigvereinen ist nicht beabsichtigt.

§ 2: Zweck

(1) Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung und der Landesabgabenordnung. Er vereinbart Kooperationen mit privaten und öffentlichen Einrichtungen ähnlicher Zielsetzungen im In- und Ausland.

(2) Im Besonderen werden folgende Ziele verfolgt:

a) Förderung von inter- und transdisziplinärer Forschung und Bildung an der LFU Innsbruck und der MUI;

b) Diskussion der gesellschaftspolitischen Bedeutung von Forschung und Wissenschaft besonders in Hinblick auf ethische Fragestellungen;

c) Förderung des Dialogs zwischen Universitäten und Öffentlichkeit (Public Understanding of Science). Die vorrangig behandelten Themen und Schwerpunkte umfassen die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaftler*innen – Ethik und Wissenschaft, neue Denkmodelle und -systeme, Inter- und Transdisziplinarität.

§ 3: Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

(1) Der Vereinszweck soll durch die in den Abs. 2 und 3 angeführten ideellen und materiellen Mittel erreicht werden.

(2) Als ideelle Mittel dienen:

a) Durchführung von Veranstaltungen, die öffentlich und frei zugänglich sind;

b) Öffentlichkeitsarbeit zur Verbreitung der Vereinszwecke, Dokumentation der Vereinstätigkeit in Form von Print- und Online-Publikationen.

(3) Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch:

- a) Beitrittsgebühren und Mitgliedsbeiträge, deren Höhe von der Generalversammlung festgelegt wird;
- b) sonstige Zuwendungen von physischen und juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts;
- c) Einnahmen aus Subventionen von Gebietskörperschaften, Spenden oder materiellen oder immateriellen Zuwendungen;
- d) Einnahmen aus der Herausgabe von Publikationen.

§ 4: Arten der Mitgliedschaft

Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in aktive Mitglieder, fördernde Mitglieder, Ehrenmitglieder und außerordentliche Mitglieder.

(1) Aktive Mitglieder sind jene, die sich aktiv an der Vereinsarbeit beteiligen: Die Beteiligung zeichnet sich vor allem durch Mitarbeit in Planung und Organisation aus.

(2) Fördernde Mitglieder sind solche, die die Vereinstätigkeit durch Zahlung eines Mitgliedsbeitrags von mindestens EUR 100,-- pro Jahr unterstützen.

(3) Ehrenmitglieder sind Personen, die hiezu wegen besonderer Verdienste um den Verein ernannt werden.

(4) Außerordentliche Mitglieder stellen dem Verein längerfristig Ressourcen zur Verfügung. Art und Umfang der zur Verfügung gestellten Ressourcen sind in einer Vereinbarung zwischen außerordentlichem Mitglied und Verein festgehalten.

§ 5: Erwerb der Mitgliedschaft

(1) Aktive Mitglieder des Vereins können alle physischen Personen werden, die die Ziele des Vereins mittragen.

(2) Fördernde Mitglieder können physische Personen sowie juristische Personen und rechtsfähige Personengesellschaften werden, die die Ziele des Vereins mittragen.

(3) Außerordentliche Mitglieder können physische Personen sowie juristische Personen und rechtsfähige Personengesellschaften werden, die die Ziele des Vereins mittragen.

(4) Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.

(5) Die Ernennung zum Ehrenmitglied erfolgt auf Antrag des Vorstands durch die Generalversammlung.

§ 6: Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, bei juristischen Personen und rechtsfähigen Personengesellschaften durch Verlust der Rechtspersönlichkeit, durch freiwilligen Austritt und durch Ausschluss.
- (2) Der Austritt muss dem Vorstand schriftlich mitgeteilt werden. Eine Kündigungsfrist von mindestens sechs Monaten ist dabei einzuhalten. Für die Berechnung des tatsächlichen Austrittstermins ist das Datum der Postaufgabe maßgeblich.
- (3) Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn dieses trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung unter Setzung einer angemessenen Nachfrist länger als sechs Monate mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hievon unberührt.
- (4) Der Ausschluss eines Mitglieds aus dem Verein kann vom Vorstand auch wegen grober Verletzung anderer Mitgliedspflichten und wegen unehrenhaften Verhaltens verfügt werden.
- (5) Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann aus den in Abs. 4 genannten Gründen von der Generalversammlung über Antrag des Vorstands beschlossen werden.

§ 7: Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen. Das Stimmrecht in der Generalversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht steht **allen Mitgliedern** zu.
- (2) Jedes Mitglied ist berechtigt, vom Vorstand die Ausfolgung der Statuten zu verlangen.
- (3) Mindestens ein Zehntel der Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Generalversammlung verlangen.
- (4) Die Mitglieder sind in jeder Generalversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung des Vereins zu informieren. Wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen verlangt, hat der Vorstand den betreffenden Mitgliedern eine solche Information auch sonst binnen vier Wochen zu geben.
- (5) Die Mitglieder sind vom Vorstand über den geprüften Rechnungsabschluss (Rechnungslegung) zu informieren. Geschieht dies in der Generalversammlung sind die Rechnungsprüfer*innen einzubinden.
- (6) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Abbruch erleiden könnte. Sie haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten.

(7) Die ordentlichen und fördernden Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge in der von der Generalversammlung beschlossenen Höhe verpflichtet.

(8) Die außerordentlichen Mitglieder sind zur Erfüllung und Einhaltung der in der Vereinbarung getroffenen Beiträge verpflichtet.

§ 8: Vereinsorgane

Organe des Vereins sind die Generalversammlung (§§ 9 und 10), der Vorstand (§§ 11 bis 13), die Rechnungsprüfer*innen (§ 14), die Geschäftsführung (§ 15), die Sitzungen (§ 16) und das Schiedsgericht (§ 17).

§ 9: Generalversammlung

(1) Die Generalversammlung ist die Mitgliederversammlung im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Eine ordentliche Generalversammlung findet **einmal jährlich** statt.

(2) Eine außerordentliche Generalversammlung findet auf:

- a) Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung,
- b) schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder,
- c) Verlangen der Rechnungsprüfer*innen (§ 21 Abs. 5 erster Satz VereinsG),
- d) Beschluss von mindestens einer/eines Rechnungsprüferin/Rechnungsprüfers (§ 21 Abs. 5 zweiter Satz VereinsG, § 11 Abs. 2 dritter Satz dieser Statuten),
- e) Beschluss einer/eines gerichtlich bestellten Kuratorin/Kurators (§ 11 Abs. 2 letzter Satz dieser Statuten)

binnen vier Wochen statt.

(3) Sowohl zu den ordentlichen wie auch zu den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Mitglieder **mindestens zwei Wochen** vor dem Termin schriftlich, mittels Fax oder per E-Mail (an die vom Mitglied dem Verein bekanntgegebene Fax-Nummer oder E-Mail-Adresse) einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand (Abs. 1 und Abs. 2 lit. a. c), durch mindestens eine/einen Rechnungsprüfer*in (Abs. 2 lit. d) oder durch einer/eines gerichtlich bestellten Kuratorin/Kurators (Abs. 2 lit. e).

(4) Anträge zur Generalversammlung sind mindestens drei Tage vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand schriftlich, mittels Fax oder per E-Mail einzureichen.

(5) Gültige Beschlüsse, ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, können nur zur Tagesordnung gefasst werden.

(6) Bei der Generalversammlung sind **alle Mitglieder** teilnahme- und stimmberechtigt. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechts auf ein anderes Mitglied im Wege einer schriftlichen Bevollmächtigung ist zulässig.

(7) Die Generalversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig.

(8) Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Zum Ablauf der Wahlen ist die Geschäftsordnung bzw. der generelle Wahlmodus einzuhalten.

(9) Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.

(10) Den Vorsitz in der Generalversammlung führt die/der Obfrau/Obmann, bei Verhinderung die/der Stellvertreter*in. Wenn auch diese verhindert ist, so führt das an Lebensjahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.

§ 10: Aufgaben der Generalversammlung

Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

- a) Beschlussfassung über den Voranschlag;
- b) Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses unter Einbindung der Rechnungsprüfer*innen;
- c) Wahl und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüfer*innen;
- d) Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüfer*innen und Verein;
- e) Entlastung des Vorstands und der Geschäftsführung;
- f) Festsetzung der Höhe der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge;
- g) Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft;
- h) Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins;
- i) Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen.

§ 11: Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus Obfrau/Obmann und zwei Stellvertreter*innen, Schriftführer*in und Stellvertreter*in, sowie Kassier*in und Stellvertreter*in. Der Vorstand kann jederzeit durch die Kooptierung von weiteren Mitgliedern auf insgesamt maximal 12 Personen erweitert werden.

(2) Der Vorstand wird von der Generalversammlung gewählt. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen ist. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jede/jeder Rechnungsprüfer*in verpflichtet, unverzüglich

eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen. Sollten auch die Rechnungsprüfer*innen handlungsunfähig sein, hat jedes ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung einer/eines Kuratorin/Kurators beim zuständigen Gericht zu beantragen, die umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat.

(3) Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt **zwei Jahre**; Wiederwahl ist möglich. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.

(4) Der Vorstand wird von der/dem Obfrau/Obmann, bei Verhinderung von der/dem Stellvertreter*in, schriftlich oder mündlich einberufen. Ist auch diese auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.

(5) Wenn alle Vorstandsmitglieder eingeladen wurden, so ist der Vorstand unabhängig von der Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

(6) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der Vorsitzenden den Ausschlag.

(7) Den Vorsitz führt die/der Obfrau/Obmann, bei Verhinderung die/der Stellvertreter*in. Ist auch diese verhindert, obliegt der Vorsitz dem an Jahren ältesten anwesenden Vorstandsmitglied oder jenem Vorstandsmitglied, das die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.

(8) Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode (Abs. 3) erlischt die Funktion eines Vorstandsmitglieds durch Enthebung (Abs. 9) und Rücktritt (Abs. 10).

(9) Die Generalversammlung kann jederzeit den gesamten Vorstand oder einzelne seiner Mitglieder entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung des neuen Vorstands bzw. Vorstandsmitglieds in Kraft.

(10) Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Generalversammlung zu richten. Der Rücktritt wird erst mit Wahl bzw. Kooptierung (Abs. 2) einer/eines Nachfolgerin/Nachfolgers wirksam.

§ 12: Aufgaben des Vorstands

Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins. Er ist das Leitungsorgan im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

- (1) Einrichtung eines den Anforderungen des Vereins entsprechenden Rechnungswesens mit laufender Aufzeichnung der Einnahmen und Ausgaben und Führung eines Vermögensverzeichnisses als Mindestanforderung;
- (2) Erstellung des Jahresvoranschlags, des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses;
- (3) Vorbereitung und Einberufung der Generalversammlung;
- (4) Vorbereitung und Einberufung der Sitzungen;
- (5) Information der Vereinsmitglieder über die Vereinstätigkeit, die Vereinsgebahrung und den geprüften Rechnungsabschluss;
- (6) Verwaltung des Vereinsvermögens;
- (7) Aufnahme und Ausschluss von ordentlichen und außerordentlichen Vereinsmitgliedern;
- (8) Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins;
- (9) Bestellung und Kontrolle der Geschäftsführung.

§ 13: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

(1) Die/der Obfrau/Obmann führt die laufenden Geschäfte des Vereins. Die/der Schriftführer*in unterstützt die/den Obfrau/Obmann bei der Führung der Vereinsgeschäfte.

(2) Die/der Obfrau/Obmann vertritt den Verein nach außen. Schriftliche Ausfertigungen des Vereins bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschriften der/des Obfrau/Obmanns und der/des Schriftführer*in/Schriftführers, in Geldangelegenheiten (Vermögenswerte Dispositionen) der/des Obfrau/Obmanns und der/des Kassierin/Kassiers. Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und Verein bedürfen der Zustimmung eines anderen Vorstandsmitglieds.

(3) Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von den in Abs. 2 genannten Vorstandsmitgliedern erteilt werden.

(4) Bei Gefahr im Verzug ist die/der Obfrau/Obmann berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbstständig Anordnungen zu treffen; im Innenverhältnis bedürfen diese jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.

(5) Die/der Obfrau/Obmann führt den Vorsitz in der Generalversammlung, in den Sitzungen und im Vorstand.

(6) Die/der Schriftführer*in führt die Protokolle der Generalversammlung, der Sitzungen und des Vorstands.

(7) Die/der Kassier*in ist für die ordnungsgemäße Geldgebahrung des Vereins verantwortlich.

(8) Im Fall der Verhinderung treten an die Stelle der/des Obfrau/Obmanns, der/des Schriftführer*in/Schriftführers oder der/des Kassierin/Kassiers ihre Stellvertreter*innen.

§ 14: Rechnungsprüfer*innen

(1) Zwei Rechnungsprüfer*innen werden von der Generalversammlung auf die Dauer von **zwei Jahren** gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Rechnungsprüfer*innen dürfen keinem Organ angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist, mit Ausnahme der Generalversammlung.

(2) Den Rechnungsprüfer*innen obliegen die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel. Der Vorstand hat den Rechnungsprüfer*innen die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Rechnungsprüfer*innen haben dem Vorstand über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.

(3) Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfer*innen und Verein bedürfen der Genehmigung durch die Generalversammlung.

(4) Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode (Abs. 1) erlischt die Funktion einer/eines Rechnungsprüferin/Rechnungsprüfers durch Enthebung (Abs. 5) und Rücktritt (Abs. 6).

(5) Die Generalversammlung kann jederzeit eine oder beide Rechnungsprüfer*innen entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung der/des neuen Rechnungsprüferin/Rechnungsprüfers bzw. Rechnungsprüfer*innen in Kraft.

(6) Die Rechnungsprüfer*innen können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand zu richten. Der Rücktritt wird erst mit Wahl bzw. Kooptierung einer Nachfolgerin wirksam.

§ 15: Geschäftsführung

Die Geschäftsführung unterstützt die Vorstandsmitglieder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, leitet und verantwortet den laufenden Geschäftsbetrieb des Vereins.

(1) Der Umfang der Zeichnungsberechtigung wird vom Vorstand definiert.

(2) Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von den in § 13 Abs. 2 genannten Vorstandsmitgliedern erteilt werden.

(3) Die Geschäftsführung ist verpflichtet den Vorstandsmitgliedern jederzeit Auskunft über den laufenden Geschäftsbetrieb zu geben und Einsicht in die Bücher zu gewähren.

(4) Die Geschäftsführung wird durch die Rechnungsprüfer*innen in der Generalversammlung entlastet.

§ 16: Sitzungen

Alle WuV-Sitzungen sind öffentlich zugänglich und werden vom Vorstand einberufen.

§ 17: Schiedsgericht

(1) Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen. Es ist eine Schlichtungseinrichtung im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff ZPO.

(2) Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Vorstand ein Mitglied als Schiedsrichter*in schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch den Vorstand binnen sieben Tagen macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichts namhaft. Nach Verständigung durch den Vorstand innerhalb von sieben Tagen wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter*innen binnen weiterer 14 Tage ein drittes ordentliches Mitglied zur Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Bei Stimmgleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist, mit Ausnahme der Generalversammlung.

(3) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.

§ 18: Freiwillige Auflösung des Vereins

(1) Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer Generalversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.

(2) Diese Generalversammlung hat auch, sofern Vereinsvermögen vorhanden ist, über die Abwicklung zu beschließen. Insbesondere hat sie eine Person zur Abwicklung zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem diese das nach Abdeckung der Passiven verbleibende Vereinsvermögen zu übertragen hat. Dieses Vermögen soll, soweit möglich und erlaubt, einer Organisation zufallen, die gleiche oder ähnliche Zwecke wie dieser Verein verfolgt, sonst Einrichtungen mit caritativer Ausrichtung.